

## Feature II

---

### Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Asien<sup>1</sup>

Gerhard Krebs

#### Die Vorstellung von Krieg und Frieden in Japan

Mit dem Beschluss zum Krieg gegen die Vereinigten Staaten am 15. November 1941 entwarf Japan auch einen Plan zu seiner späteren Beendigung. Durch die eigenen Anfangserfolge sollten die USA an den Verhandlungstisch gebombt werden, am besten unter Vermittlung eines neutralen Landes, und sich zu einem für Tokyo günstigen Frieden bereit finden, so wie es im Jahre 1905 Russland ergangen war. Diese Absicht fand ihren Ausdruck auch in dem Kaiserlichen Edikt zur Kriegseröffnung, in dem die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Konfliktes ausgedrückt wurde. In den Vereinigten Staaten aber führte die als besonders perfide angesehene Kriegseröffnung durch den Überraschungsangriff gegen den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii vom 7. bzw. 8. Dezember 1941 zu einem starken Rachedenken und machte die Hoffnung auf einen Ausgleichsfrieden von vornherein illusorisch. Auch dachten die USA nicht daran, den Bestand ihrer Flotte in einer frühen Entscheidungsschlacht zu riskieren und sich dann, wie von Japan erhofft, in geschwächtem Zustand an den Verhandlungstisch zu begeben. Statt dessen rüstete die in ihrem Bestand gar nicht gefährdete amerikanische Nation schnell auf und wurde bald zu harten Gegenstößen fähig. Nach den ersten Rückschlägen erkannte auch die politisch-militärische Führung in Tokyo, dass man keine Beendigung des Krieges zu eigenen Bedingungen erwarten konnte, und die Hoffnung auf Frieden erhielt den Ruch von Defätismus.

Trotzdem gab es in Japan durchaus zahlreiche Kräfte, die auf eine schnelle Beilegung des Konfliktes hinarbeiten versuchten, wenn auch eher außer- als innerhalb der Regierung. Die Friedensfaktion bestand aus Gruppierungen, Individuen und Grüppchen, die teils in Kontakt miteinander standen, teils aber auch unabhängig voneinander ihre Vorstellungen entwickelten und Aktivitäten entfalteten. Dazu gehörten Diplomaten, Hofbeamte, Vertreter der Wirtschafts- und Finanzwelt, inaktive Generale und Admirale, einige aktive Offiziere von Heer wie Marine, Parlamentarier, Journalisten und sogar Kaiserliche Prinzen. Von Bedeutung war auch die Gruppe der ehemaligen Premiers, die als sogenannte *Jūshin* (ältere Staatsmänner) bei Bedarf als Berater des Kaisers

---

<sup>1</sup> Bei diesem Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines am 8. September 2015 gehaltenen Vortrags in der Berliner Gedenkstätte Topographie des Terrors, im Begleitprogramm zu der Ausstellung „Deutschland 1945 – Die letzten Kriegesmonate“.

von Fall zu Fall eingesetzt wurden, insbesondere bei der Berufung eines neuen Kabinettschefs. Die wichtigste Gestalt der Friedenssucher war Fürst Konoë Fumimaro, ein Verwandter des Kaisers und ehemaliger Premierminister, der zwischen Juli 1937 und Oktober 1941 drei Kabinette geführt und an dem Weg in den Krieg schwere Schuld auf sich geladen, aber schließlich versucht hatte, wenn auch vergeblich, das Steuer noch herumzureißen. Um nicht an dem von ihm selbst mitgetragenen Kriegsbeschluss festhalten zu müssen, war er im Oktober 1941 zurückgetreten, und der damalige Heeresminister General Tōjō Hideki hatte ihn als Premier abgelöst. Innerhalb der wechselnden Regierungen sollten es während all der kommenden Kriegsjahre am ehesten die jeweiligen Außenminister sein, die den Gedanken an eine Kriegsbeendigung am energischsten vertraten und sich dazu immer wieder mit Aktivisten ohne öffentliches Amt austauschten.

Persönlichkeiten von einer gewissen Prominenz erfreuten sich auch in den Kriegsjahren, als die übrige Bevölkerung argwöhnisch von Polizei und Militär unterdrückt wurde, einer erstaunlichen Aktionsfreiheit. Einen Mann wie Konoë konnte man einfach nicht verhaften. Viele der Aktivisten hatten vor Ausbruch des Krieges enge Beziehungen zu Angehörigen der angelsächsischen Mächte unterhalten, auf offiziellen wie privaten Kanälen. Dabei hatte der amerikanische Botschafter in Tokyo, Joseph C. Grew, als Partner eine besonders wichtige Rolle gespielt. Als er nach zehnjähriger Tätigkeit auf dem Tokyoter Posten 1942 in die USA zurückkehrte, setzte er sich – zunächst als Berater des Außenministers, schließlich als Staatssekretär und 1945 auch einige Monate als amtierender Außenminister – dafür ein, Japan den Weg zur Kapitulation unter einer gewissen Gesichtswahrung zu ebnen, um nach einer völligen Beseitigung des Militarismus eine milde Besatzungspolitik in Japan durchzuführen, dabei in der reformierten Nation mit den ihm vertrauten gemäßigten Kräften zusammenzuarbeiten und sie langfristig sogar als verlässliche Partner der USA gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Dabei befürwortete Grew die Beibehaltung der Kaiserinstanz und ihre Nutzung für die Reform des Landes, um das Absinken in Revolution und Kommunismus zu verhindern. Das Schicksal der Monarchien in den Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs, Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland war ihm Warnung und abschreckendes Beispiel. In zahlreichen Rundfunkreden, Publikationen und Flugblättern konnte er entsprechende Signale nach Japan senden. Dabei vertraute er darauf, dass er im Land des Gegners auf Gleichgesinnte bauen konnte, und das nicht zu Unrecht.

### **Destabilisierung der Kabinette durch die schlechte militärische Lage**

Der Tennō aber vermied Eingriffe in die Politik – und das sollte in den nächsten Jahren bedeuten: Er hieß das kompromisslose Streben von Regierung und Oberkommando nach einem Siegfrieden gut, zeigte großes Interesse an einer aktiven Kriegführung und ließ sich in alle Planungen einweihen. Die auf der alliierten Konferenz von Casablanca im Januar 1943 aufgestellte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation trug weiter zur Tabuisierung des Themas „Friedensschluss“ in Japan bei. Der jahrelang von ge-

mäßigten Kräften geführte Kampf gegen das Kabinett Tōjō erreichte aber im Sommer 1944 wegen der katastrophalen militärischen Entwicklung sein Ziel, als die Amerikaner die Marianen-Insel Saipan eroberten und nun in der Lage waren, von dort aus die japanischen Hauptinseln zu bombardieren. Von dem südlich dieses Stützpunktes gelegenen kleineren Tinian aus sollten übrigens im folgenden Jahr die Atombomben nach Japan geflogen werden.

Die Regierung Tōjō sah sich nun zur Demission gezwungen, aber Konoe und sein Kreis setzten durch, dass nur ein Übergangskabinett unter General Koiso Kuniaki gebildet wurde, da Japan noch nicht schwer genug angeschlagen sei, als dass die Militärs einer Kapitulation zustimmen würden. Die neue Regierung sollte daher nur verschlissenen werden.

Anfang Februar 1945 verpflichtete sich die Sowjetunion auf der Konferenz von Jalta in einem Geheimabkommen mit den Alliierten, drei Monate nach Beendigung des europäischen Krieges in den Konflikt mit Japan einzutreten, trotz des noch bis April 1946 geltenden Neutralitätsabkommens mit Tokyo. Zu dieser Zeit verstärkte Konoe seine schon oft erhobenen Vorwürfe kommunistischer Wühlarbeit in den Reihen des Militärs, so am 14. Februar in einem Bericht an den Kaiser. Der Inhalt war stark von Yoshida Shigeru beeinflusst, einem Diplomaten im Ruhestand, der übrigens nach dem Krieg langjähriger Premier Japans werden sollte. Konoe bezichtigte in der Audienz mit dem Tennō die Armeeführung, die Aggressionen vom Mandschurischen Konflikt 1931 bis zum Pazifischen Krieg angezettelt zu haben, um in Zusammenarbeit mit zivilen Extremisten den Boden für eine Revolution in Japan zu bereiten und damit in Wirklichkeit Erfüllungsgehilfe der UdSSR bei der Bolschewisierung der Welt zu sein. Er riet, die Unvermeidbarkeit der Niederlage anzuerkennen, die nach den bisherigen Äußerungen der angelsächsischen Mächte keine Änderung der in der Welt einzigartigen japanischen Monarchie beinhalte. Noch aber schien der Kaiser einer Kapitulation nicht zuzuneigen.

Am 5. April 1945 trat das glücklose Kabinett Koiso zurück. Aktueller Grund für die Demission waren hauptsächlich Differenzen bezüglich der China-Politik. Der inaktive Admiral und zeitweise Hofbeamte Suzuki Kantarō bildete als Wunschkandidat der Friedenspartei die Nachfolgeregierung, da man über ihn das Ohr des Kaisers zu erreichen hoffte, obwohl der neue Premier mit seinen 76 Jahren senil wirkte und unter starker Schwerhörigkeit litt. Obwohl Suzuki wie die Regierungschefs vor ihm in allen Erklärungen einen eisernen Durchhaltewillen zeigte, vertraute die Friedenspartei darauf, dass er in Wirklichkeit friedfertig gesonnen sei. Auch in den USA wurde seine Ernennung als Erstarken verständigungsbereiter Kräfte beurteilt. Außenminister wurde Tōgō Shigenori, der innerhalb der Regierung zur treibenden Kraft bei dem Streben nach einer Kriegsbeendigung werden sollte.

## Der Weg in die Niederlage

Bis zum Monat Mai 1945 eroberten die Briten mit gewisser chinesischer Unterstützung Burma zurück, und die Amerikaner waren fast vollständig wieder im Besitz der Philippinen, wo die japanischen Truppen bei ihrem Rückzug aus der Hauptstadt Manila ein fürchterliches Blutbad unter den Zivilisten anrichteten und die Stadt dem Erdbeben gleich machten. Bedrohlicher als diese Rückschläge in Südostasien aber war für die Japaner, dass auf ihrer südlichsten Inselgruppe Okinawa Anfang April US-Truppen landeten. Marine- und Luftstreitkräfte vernichteten währenddessen die verbliebenen Reste der Kaiserlichen Flotte in dem umgebenden Seegebiet. In blutigen Kämpfen, die sich bis Ende Juni hinzogen, eroberten die Amerikaner die Inseln, verloren dabei fast 50.000 Mann an Gefallenen und Verwundeten und erhielten eine Vorstellung davon, wie viele Opfer erst eine Invasion auf den Hauptinseln des Gegners kosten würde. Die japanischen Verluste waren auf Okinawa noch höher als die der US-Truppen, und mit deren Sieg war auch die Verteidigungslinie durchbrochen, die es nach Tokyoter Militärdoktrin als absolut zu halten galt, um das Hauptland zu schützen. Auch die von dem Gegner gefürchteten Selbstmordeinsätze der Kamikaze-Piloten hatten dies nicht verhindern können. Inzwischen versanken die zum größten Teil aus leichten Holzhäusern gebauten Großstädte Japans unter amerikanischen Bomben in Schutt und Asche. Zu allem Überfluss kündigte Moskau Anfang April den Neutralitätspakt mit Wirkung vom April 1946 auf, rein zufällig am gleichen Tag von Premier Koisos Rücktritt.

## Zaghafte Friedensfühler

Vom Frühjahr 1945 an streckten japanische Diplomaten und Militärs in den Hauptstädten verschiedener neutraler Länder vorsichtige Friedensfühler zu den Alliierten aus, so in Schweden, der Schweiz, dem Vatikan und in Portugal. Die Führung in Tokyo duldet diese Kontakte, bestand aber darauf, dass die Gegenseite im Falle von Interesse die entscheidende Initiative ergreifen müsse. Umgekehrt verlangten die alliierten Gesprächspartner, die japanische Regierung solle eindeutig erklären, ob sie hinter diesen Aktivitäten stehe. Davor aber schreckte man in Tokyo aus Furcht vor den Falken in den eigenen Reihen zurück. Diese mangelnde Kommunikationsbereitschaft sollte sich noch verhängnisvoll auswirken.

Auch in den USA, wo der Einfluss Joseph Grews und anderer Persönlichkeiten, die Japan eine goldene Brücke zur Kapitulation zu bauen suchten, nach dem Tode Roosevelts im April 1945 auf Kosten von Finanzminister Morgenthau angewachsen war, zeigte sich im Frühjahr eine stärkere Bereitschaft zum Friedensschluss. Eine Änderung der einmal festgeschriebenen Forderung nach bedingungsloser Kapitulation schien aber nur graduell und von eher kosmetischer Natur möglich, da man Gefangener der eigenen Propaganda geworden war. So forderte der neue Präsident Harry S. Truman in einer Erklärung zur deutschen Niederlage am 8. Mai von Japan keine bedingungslose Kapitulation mehr, sondern prägte die künftig geltende Formel von „dem Niederlegen

der Waffen durch Heer und Marine in bedingungsloser Kapitulation“. Außerdem versicherte er, ein derartiger Schritt bedeute nicht die Auslöschung oder Versklavung des japanischen Volkes.

Wie aber konnte man von alliierter Seite Tokyo eine Kapitulation weiter schmackhaft machen? Ex-Botschafter Joseph Grew sah als sichersten Weg zu einem japanischen Einlenken die Idee an, den Tennō und die Kaiserinstitution schonend zu behandeln. Er gewann dafür, unterstützt von Diplomatenkollegen mit Japan-Erfahrung, zahlreiche führende Persönlichkeiten, darunter sogar einige Regierungsmitglieder, die schließlich empfahlen, Tokyo die Beibehaltung der Kaiserinstitution als einer konstitutionellen Monarchie zuzusagen und auch sonst die Bedingungen zu mäßigen, statt den Eindruck zu erwecken, eine sogenannte Karthago-Lösung anzustreben. Dazu gehörten besonders Kriegsminister Henry L. Stimson, sein Stellvertreter John J. McCloy, Trumans Stabschef Admiral William D. Leahy und Marineminister James V. Forrestal. Auch der ehemalige Präsident Herbert C. Hoover wurde nach jahrelanger politischer Abstinenz – er war wegen angeblichen Verantwortungen für die Weltwirtschaftskrise in der Ära Roosevelt persona ingrattissima im Weißen Haus gewesen – in diese Bemühungen eingebunden. Truman zeigte ebenfalls zeitweilig Interesse an der Idee, aber dieser Stimmungsumschwung sollte nur von kurzer Dauer sein. Zu den Gegnern dieses Kurses gehörte schließlich neben der „China Crowd“ im State Department der Anfang Juli ernannte neue Außenminister James F. Byrnes. Die Folgen sollten verhängnisvoll sein, da die Spaltung der Führung und die Furcht vor einem Aufschrei des Protestes in der amerikanischen Öffentlichkeit – ganz ähnlich wie in Japan – die Formulierung klarer und maßvoller Bedingungen verhinderten. Truman behielt sich schließlich die Entscheidung bis zum Treffen der „Großen Drei“ – d. h. mit Churchill und Stalin auf der Potsdamer Konferenz – Mitte Juli 1945 vor.

Auch in der US-Marine gab es zahlreiche Befürworter für einen Verständigungsfrieden mit Tokyo, darunter als einen der aktivsten den Abwehroffizier Kapitän zur See Ellis M. Zacharias, der sich lange zu Studienzwecken in Japan aufgehalten hatte. Zwei Stunden nach Trumans Rede zur Kapitulation Deutschlands am 8. Mai hielt er als angeblich „offizieller Sprecher der Regierung“ die erste von insgesamt vierzehn Rundfunkreden in japanischer Sprache, die sich bis zum 4. August hinziehen sollten, und benutzte dabei Wendungen, wie sie der Präsident zur Einschränkung der Kapitulationsbedingungen verwendet hatte. Außerdem betonte er, Japan habe die Wahl: einen Diktatfrieden nach der völligen Zerstörung des Landes oder eine bedingungslose Kapitulation, die ihm die Vorteile der Atlantik-Charta gewähren würde, d. h. einen Platz in einer gewaltfreien und gerechten Weltordnung mit fairem Zugang zu Rohstoffen und Welthandel. Schließlich appellierte er an seine guten alten Bekannten in Japan, namentlich eine Reihe von Offizieren und Diplomaten, darunter Premier Suzuki, Kaiser Hirohitos Bruder Kapitän zur See Prinz Takamatsu mitsamt Gemahlin und vor allem Marineminister Yonai. Diese Reden fanden innerhalb der japanischen Führung starke Beachtung, besonders im Außenministerium.

Auf Vorschlag von Ressortchef Tōgō Shigenori tagte in einer Sitzungsserie vom 11.-14. Mai die Oberste Kriegführungskonferenz (*saikō sensō shidō kaigi*) – mitunter auch Oberster Kriegsrat genannt –, das aus den Spitzen von Kabinett, Generalstab und Admiralität bestehende Gremium zur Fällung wichtiger Entscheidungen. Diese Einrichtung zur Koordinierung von Politik und militärischen Operationen war dadurch notwendig, dass die beiden Stäbe nicht der Regierung unterstanden, sondern nur direkt dem Kaiser, und daher oft die Chance zu Eigenmächtigkeiten nutzten. Von den sechs ständigen Mitgliedern waren vier aktive Militärs, Außenminister Tōgō der einzige „reine“ Zivilist und Premier Suzuki ein inaktiver Admiral. Das Thema bildete nun die Idee von Außenminister Tōgō, die UdSSR als einzig verbliebene neutrale Großmacht um eine Friedensvermittlung zu bitten, jedoch herrschte trotz grundsätzlicher Übereinstimmung keine Klarheit über den voraussichtlich an Moskau zu zahlenden Preis, so dass man sich fürs erste vertagte. Dadurch aber wurden alle übrigen Fühler über kleinere neutrale Nationen dazu verurteilt, im Sande zu verlaufen.

Schnell wurde aber klar, dass die Militärs gar nicht daran dachten, sich an die grundsätzliche Entscheidung zu halten, einen Friedensschluss durch sowjetische Vermittlung anzustreben, denn sie beschlossen schon wenig später, den Krieg kompromisslos fortzusetzen, notfalls sogar auf dem Boden der japanischen Hauptinseln. Mit diesem Überraschungsversuch aber provozierten sie sowohl Außenminister Tōgō als auch den Kaiserhof, der nun selbst zugunsten der Friedensinitiative tätig wurde. Am 22. Juni, in der Endphase der Schlacht um Okinawa, berief der Tennō daher erstmals persönlich die Oberste Kriegführungskonferenz ein, leitete sie gewissermaßen selbst und drückte den Wunsch nach einer baldmöglichen Beendigung des Krieges trotz der gegenteiligen Beschlüsse der Militärs aus. Inzwischen hatte der ehemalige Premier und Außenminister Hirota Kōki auf Tōgōs Bitte hin Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter Jakob Malik aufgenommen. Die Unterredungen aber endeten ohne konkretes Ergebnis, zumal Hirota eigentlich nur über Japans Interesse an guten Beziehungen zur UdSSR gesprochen hatte. Tōgō wies nun seinen Botschafter Satō Naotake in Moskau an, sich um sowjetische Unterstützung zu bemühen, doch sah dieser gar keinen Sinn in etwas anderem als einer bedingungslosen Kapitulation, bei der man höchstens noch auf einer Beibehaltung der japanischen Monarchie beharren könnte. Außerdem warnte er vor dem Damoklesschwert eines möglichen oder gar wahrscheinlichen sowjetischen Kriegseintritts.

Inzwischen wurde in Tokyo von Außenministerium und Hof die Idee verfolgt, eine persönliche Gesandtschaft des Kaisers in Moskau um eine Friedensvermittlung nachsuchen zu lassen. Leiter der Delegation, die auch hohe Militärs einschließen würde, sollte Konoe Fumimaro sein, Ex-Premier, Verwandter des Tennō und langjähriger Befürworter eines schnellen Kriegsendes. Am 10. Juli wurde dieser Plan – wenn auch nur in vager Formulierung – von der Obersten Kriegführungskonferenz gebilligt. Nun wandte sich Japan mit der konkreten Bitte um Friedensvermittlung und der Zustimmung

mung zur Entsendung einer Sonderdelegation des Kaisers an Moskau. Erst von dieser Gesandtschaft würden die genauen Vorschläge vorgelegt, doch gingen die Vorstellungen Tokyos aus den Telegrammen an Botschafter Satō hervor, die von den Amerikanern dechiffriert und daher zur Kenntnis genommen wurden. Vor allem würde Japan auf der Beibehaltung des Kaiserhauses bestehen. Außerdem – und eine Zustimmung der Amerikaner dafür dürfte illusorisch und daher indiskutabel gewesen sein – erwarteten die japanischen Militärs eine nur begrenzte oder gar keine Besetzung ihres Landes durch feindliche Streitkräfte, die Entwaffnung der eigenen Truppen durch Kaiserliche Offiziere, den weiteren Besitz einiger Gebiete in Übersee wie Korea und die Zuständigkeit japanischer Gerichte für die eigenen Kriegsverbrecher. Der sowjetische Außenminister aber wich dem japanischen Botschafter aus und fuhr gemeinsam mit Stalin ohne die erbetene Aussprache zur Konferenz nach Potsdam ab. Immerhin aber nahm Vizeaußenminister Losovskij die japanische Note in Empfang, wonach Japan zu einem „Friedensschluss“ bereit wäre, wenn die Institution des Kaisers erhalten bliebe.

Diesem Gedanken kam sogar die Stimmung in der politischen Führung der USA entgegen. Dort legte am 2. Juli ein Ausschuss aus Vertretern der interessierten Ministerien dem Präsidenten einen Entwurf mit der Empfehlung vor, Japan eine konstitutionelle Monarchie zuzugestehen. Der neue Außenminister Byrnes und einige seiner Mitarbeiter aber sprachen sich schon kurz darauf gegen diese Art von „Appeasement“ aus und erreichten schrittweise Abänderungen. Offenbar glaubte man, der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber, in der noch das Pearl-Harbor-Trauma vorherrschte und oft der Ruf „hang the Emperor“ zu hören war, keine derartige Garantie zumuten zu können. In Bezug auf den japanischen Entscheidungsprozess aber war Vorhandensein oder Fehlen einer Zusicherung für den Bestand des Kaiserhauses von größter Bedeutung.

### **Von Potsdam nach Hiroshima**

Auf der Potsdamer Konferenz der „Großen Drei“, die ja eigentlich Europa und vor allem der Deutschland-Politik gewidmet war, fehlten in der amerikanischen Delegation die Japan-Experten völlig. Der US-Präsident wurde daher in dieser Beziehung vor allem von Byrnes beeinflusst, so dass die Chancen einer Garantie für die Erhaltung der japanischen Monarchie in der vorzubereitenden Erklärung schlecht standen. Am Abend des 16. Juli erhielt Truman die Nachricht, die Atombombe sei erfolgreich getestet worden. Zwei Tage später informierte Stalin ihn, Tokyo habe, wenn auch reichlich unklar, um Zustimmung zu einer Entsendung Konoes nach Moskau gebeten, damit durch sowjetische Vermittlung eine Beendigung des Krieges herbeigeführt werden könnte. Die Amerikaner kannten die Tatsachen aber ohnehin aus den abgefangenen Telegrammen. Kurz darauf informierte das sowjetische Außenministerium Japans Botschafter Satō nach Absprache mit der amerikanischen Seite in Potsdam, der Auftrag des Sondergesandten Kono sei zu unklar, als dass man eine Zustimmung zu seiner Mission geben könne. Außenminister Tōgō schickte daher einige Klarstellungen an seine Moskauer Vertretung.

Am 26. Juli wurde die Potsdamer Erklärung der Westalliierten abgegeben, die Japan zur bedingungslosen Kapitulation aufforderten. Ein Absatz über eine Beibehaltung der Monarchie war ebenso wenig enthalten wie eine Warnung vor dem Einsatz der Atombomben, sondern gedroht wurde nur mit einer „vollständigen Zerstörung des Landes“. Der Text stellte jedoch eine milde und gerechte Behandlung Japans in Aussicht. Über die künftige Regierungsform würde der freie Wille der Bevölkerung entscheiden, so dass der Weiterbestand der Monarchie zumindest nicht ausgeschlossen wurde. In Tokyo fing man den Text aus dem Rundfunk auf. Außenminister Tōgō erkannte durchaus positive Aspekte in der Erklärung, stieß aber, wie nicht anders zu erwarten, in der Obersten Kriegführungskonferenz und im Kabinett mit Ausnahme von Marineminister Yonai Mitsumasa auf den Widerstand der Militärs, die ohnehin ihrem Konzept den Vorzug gaben, es auf eine Invasionsschlacht ankommen zu lassen. Dabei, so die illusionsreiche Erwartung, könnten die Amerikaner wohl zurückgeschlagen werden, so dass Japan dann günstigere Friedensbedingungen würde aushandeln können.

Schließlich einigte man sich darauf, zunächst die Antwort der Sowjetunion auf die japanische Initiative abzuwarten. Ansonsten würde die Regierung die Potsdamer Erklärung ohne Kommentar übergehen, und die Presse solle sie nur im Auszug veröffentlichen, ohne jegliche Hervorhebung und Aufmachung. Tōgō war daher verblüfft, am nächsten Morgen in den Zeitungen zu lesen, das Kabinett habe beschlossen, die Proklamation „durch Schweigen zu massakrieren“ und den Krieg entschlossen fortzusetzen. Nachfragen ergaben, dass die Militärs den senilen Premier Suzuki noch am Vortag unter Druck gesetzt und ihm für die Pressekonferenz die zitierten Formulierungen in den Mund gelegt hatten.

Obwohl eigentlich die Politik gegenüber Deutschland Thema der Potsdamer Konferenz war, wurden in dieser Zeit Beschlüsse gefasst, die Japan und den Krieg im Pazifik betrafen, so vor allem über den Einsatz der Atombomben. Roosevelt und Churchill waren im September 1944 übereingekommen, Tokyo vor dem Einsatz eine Warnung zukommen zu lassen. Nach Bekanntwerden der japanischen Initiative zu einem Friedensschluss über Moskau befürworteten Kriegsminister Stimson, Marineminister Forrestal, Ex-Botschafter Joseph Grew und Stabschef Leahy die schnelle Abgabe einer Warnung an die Adresse Tokyos und die gleichzeitige Zusicherung für den Erhalt der Monarchie. Stimson mahnte Truman sogar zur Nachgiebigkeit gegenüber Japan, um den Einsatz der Atombomben unnötig zu machen, durch den die USA vor der Welt als die Nation dastehen könnten, die Hitler an Grausamkeit noch übertroffen habe. Außenminister Byrnes aber war wie immer dagegen, und Truman hörte auf ihn.

Am 28. Juli, einem der letzten Tage von Potsdam, gab Stalin noch vor Eröffnung der eigentlichen Sitzung einen Überblick über die japanischen Initiativen und sowjetischen Antworten der letzten zwei Wochen. Er ließ wissen, der jüngste japanische Vorschlag sei zwar etwas präziser als früher, enthalte aber nichts wesentlich Neues, so dass man einen negativen Bescheid erteilen werde. Truman dankte und teilte ihm mit, eine offi-

zielle japanische Antwort auf das alliierte Ultimatum stehe zwar noch aus, doch seien gerade Rundfunksendungen aus Tokyo aufgefangen worden, aus denen eine brüske Ablehnung hervorgehe.

In Moskau bemühte sich kurz darauf Botschafter Satō mehrere Tage lang um eine Unterredung mit dem aus Potsdam zurückgekehrten Außenminister Molotow, war aber noch ohne Antwort, als am 6. August kurz nach acht Uhr morgens ein amerikanisches Flugzeug auf die japanische Stadt Hiroshima eine Atombombe abwarf, die fast die gesamte Stadt auslöschte und in kürzester Zeit 120.000 Menschen das Leben kostete. In Japan behauptete die Armee, es sei noch nicht erwiesen, ob es sich dabei wirklich um eine neuartige nukleare Waffe gehandelt habe und daher müsse das Ergebnis gründlicher Untersuchungen noch abgewartet werden. Der Generalstab entsandte dazu am 7. August eine Untersuchungskommission nach Hiroshima, zu der am folgenden Tag auch Nishina Yoshio stieß, Japans führender Experte für Atomphysik, der selbst ein Team zur Entwicklung nuklearer Sprengkörper leitete und schnell zu dem Schluss kam, nur eine Atombombe habe derartige Verwüstungen anrichten können. Trotzdem sahen weder die Armee noch die Admiralität in dem Einsatz der neuen Waffe Grund für eine Kapitulation. Entsetzt zeigten sich dagegen der Kaiser und Außenminister Tōgō, der in Absprache mit Premier Suzuki dem Monarchen eine unverzügliche Annahme der Potsdamer Erklärung empfahl und Hirohitos sofortige Zustimmung erhielt. Der Premier berief daher unverzüglich am 8. August die Oberste Kriegführungskonferenz ein.

### **Vom sowjetischen Kriegseintritt zum Kapitulationsbeschluss**

Am Abend dieses Tages empfing der sowjetische Außenminister Molotow endlich Botschafter Satō, ließ ihn aber gar nicht zu Wort kommen, sondern verlas die sowjetische Kriegserklärung an Japan und händigte sie ihm in schriftlicher Form aus. Begründet wurde dieser Schritt neben der jahrelangen Unterstützung Tokyos für „Hitlerdeutschland“ vor allem mit der Ablehnung der Potsdamer Erklärung, wodurch die Bitte um eine Vermittlertätigkeit Moskaus ihre Basis verloren habe. Außerdem erfülle die Sowjetunion damit Verpflichtungen gegenüber ihren Verbündeten und trage dadurch zu einer Beschleunigung des Kriegsendes bei. Japan war geschockt. Kaiser, Hof und Außenminister sahen nun umso mehr die Notwendigkeit für eine sofortige und uneingeschränkte Annahme der Potsdamer Erklärung.

Etwa um 10:30 Uhr des 9. August trat im Bunker des Kaiserpalastes die Oberste Kriegführungskonferenz zusammen, um auf den Wunsch des Tennō hin die Kapitulation zu beschließen. In diesen Minuten näherte sich ein amerikanisches Flugzeug mit einer zweiten Atombombe der Stadt Nagasaki. Premier Suzuki verkündete eingangs den Hauptgrund für die Abhaltung der Sitzung: Die zu ergreifenden Maßnahmen angesichts des sowjetischen Kriegseintritts. Das Schicksal von Hiroshima schien dabei eher Nebensache zu sein. Im Gegensatz zu Tōgō gaben sich die drei radikalen Militärs aber

nicht damit zufrieden, das alliierte Ultimatum anzunehmen, wenn nur die monarchische Staatsform gerettet würde, sondern forderten, drei weitere Bedingungen auszuhandeln: dass Japan seine Kriegsverbrecher selbst vor Gericht stelle, die Streitkräfte von eigenen Offizieren demobilisiert und die alliierten Besatzungstruppen zahlenmäßig stark begrenzt würden. Außerdem gaben sie immer noch dem Konzept einer letzten Entscheidungsschlacht auf dem Boden des Mutterlandes den Vorzug. Während der Konferenz wurde die Nachricht bekannt, dass eine Atombombe auf Nagasaki gefallen war, ohne jedoch die Argumentation zu beeinflussen. Auch gingen Informationen ein, dass die Rote Armee bei ihrem Vorstoß in der Mandschurei auf keinen nennenswerten japanischen Widerstand stoße. Die Sitzung aber vertagte sich angesichts der miteinander unvereinbaren Standpunkte wieder einmal ergebnislos.

Um das Patt zu beseitigen, gewannen friedensbereite Kräfte den Tennō für den Vorschlag, ihn einfach die Kapitulation unter dem einzigen Vorbehalt befehlen zu lassen, das monarchische System zu wahren. Kurz vor Mitternacht am 9. August traten daher die Teilnehmer zu einer weiteren Sitzung im Bunker des Kaisers zusammen. Schließlich traf auch der Tennō ein. Bis auf die drei radikalen Militärs sprachen sich alle dafür aus, die Potsdamer Erklärung unter dem genannten Vorbehalt zu akzeptieren, die anderen Bedingungen aber fallen zu lassen. Premier Suzuki forderte schließlich den Kaiser zu einer Entscheidung auf, der damit erstmals in der Geschichte Japans als Schiedsrichter angerufen wurde. Es war der 10. August 1945, gegen zwei Uhr morgens. Nun ergriff der Tennō das Wort und sprach seine Zustimmung zu einer Kapitulation aus, da er sein unschuldiges Volk nicht länger leiden sehen könne. Premier Suzuki dankte für die gnädigen Worte und verkündete, der Beschluss des Kaisers bilde gleichzeitig die Entscheidung der Konferenz. Aus formellen Gründen musste das Kabinett dem Beschluss noch zustimmen. Dessen Sitzung endete um vier Uhr am Morgen des 10. August.

Drei Stunden später sandte das Außenministerium an seine Gesandten in Schweden und in der Schweiz Telegramme, in denen die jeweiligen Regierungen gebeten wurden, den Alliierten mitzuteilen, Japan akzeptiere die Potsdamer Erklärung, verstehe diese jedoch derart, dass sie keine Forderung nach einer Verletzung der Prärogative seiner Majestät beinhalte, und bitte um eine Klarstellung. Die Armee aber, der Heeresminister Anami an diesem Morgen Bericht erstattete, fühlte sich von Premier Suzuki hintergangen. Der Unmut wuchs noch, als die USA eine Erklärung als Antwort auf die japanische Note abgaben, dass der Kaiser und die japanische Regierung dem Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte unterstehen und die endgültige Regierungsform durch den frei ausgedrückten Willen des Volkes festgelegt würden. Die japanische Formulierung wurde daher nicht als ausreichend „bedingungslos“ angesehen, und die Amerikaner nahmen die Bombardierung japanischer Städte wieder auf.

Es folgte in Tokyo eine Reihe von Sitzungen über einen etwaigen Friedensschluss, die erst mit einer Kaiserlichen Konferenz am 14. August enden sollte. Die Fronten änderten sich dabei nicht, so dass sich die Gruppe der „Falken“, bestehend aus dem Heeres-

minister und den beiden Stabschefs, den Befürwortern einer Kapitulation gegenüberstanden, d.h. dem Premier, Außen- und Marineminister. Im Kabinett, laut Verfassung immer noch für die Beschlussfassung zuständig, blockierten sich die beiden Lager ebenfalls, geführt von Außenminister Tōgō einerseits und Heeresminister Anami andererseits. Einstimmigkeit aber war für den in Japan typischen kollektiven Entscheidungsprozess unabdingbar.

Derweil planten in Tokyo Heeresoffiziere der mittleren Rangebene einen Staatsstreich zwecks Fortsetzung des Krieges. Sie hofften, neben dem Heeresminister auch den Generalstabschef und den Admiralitätschef für ihre Sache gewinnen zu können und setzten diese Militärs durch überfallartige „Besuche“ in ihren Dienstzimmern unter Druck. Beide Stabschefs begaben sich daher unverzüglich in den Palast, brachten Einwände gegen die Note vor und rieten zur Ablehnung, doch reagierte der Kaiser ausweichend. Für diese Militärs und für nationalistische Ideologen waren die geplante Unterstellung des Tennō unter den Oberkommandierenden der Alliierten und die Abhängigkeit vom Volkswillen eine doppelte Blasphemie. Auch der unter Druck geratene Premier Suzuki wurde wieder schwankend. Obwohl Kaiser und Außenminister an dem gefällten Beschluss zur Kapitulation festhielten, verliefen nachfolgende Sitzungen von Kabinett und Oberster Kriegführungskonferenz ergebnislos und führten nur zu dem üblichen Patt.

In einer abschließenden Kaiserlichen Konferenz am Morgen des 14. August aber ergriff der Tennō schließlich das Wort: Er sei zu einer Beendigung des Krieges entschlossen, da Japan den Konflikt nicht mehr fortsetzen könne. Er habe festes Vertrauen, dass die Alliierten trotz einer zweideutigen Formulierung in ihren Forderungen die Monarchie unangetastet lassen würden. Im übrigen werde ja das Volk entscheiden. Er plane daher, die Annahme der alliierten Bedingungen über den Rundfunk zu verkünden. Daher erteile er dem Kabinett die Weisung, die Beendigung des Krieges zu beschließen und ein Edikt zu formulieren, das er zu erlassen gedenke. Damit war die Entscheidung gefallen. Die Tatsache aber, dass der Kaiser seinen Willen ein zweites Mal hatte bekunden müssen, beweist, dass die politisch-militärische Führung ihm nicht automatisch Gefolgschaft leistete. Seine Stimme aber hatte der Friedenspartei entscheidendes Gewicht verliehen.

Die Regierung setzte in einer langwierigen Sitzung den Text für das Kaiserliche Edikt in einer archaischen Hofsprache auf. Umschweifig wurde darin die Bereitschaft begründet, die Potsdamer Erklärung zu akzeptieren, da sich „die Kriegssituation nicht unbedingt zu Japans Gunsten entwickelt“ habe, eine Formulierung, die Heeresminister Anami statt des Eingeständnisses durchgesetzt hatte, besiegt worden zu sein. Für eine Ausstrahlung der kaiserlichen Rede noch am gleichen Tag war es nun zu spät. Als Zeitpunkt wurde 12 Uhr mittags am nächsten Tag, dem 15. August, festgelegt. Kurz vor Mitternacht wurde die Ansprache des Tennō an sein Volk auf Schallplatte aufgenommen. Um 23 Uhr sandte Tōgō an seinen Gesandten in der Schweiz Telegramme zur

Weiterleitung an die USA, England, die UdSSR und China – und zur Information auch an die Gesandtschaft in Schweden. Darin akzeptierte Japan die Potsdamer Erklärung ohne Wenn und Aber und äußerte statt dessen nur „Wünsche“.

Nun begann jedoch ein Wettlauf mit den Staatsstreichplänen der jungen Offiziere. Inzwischen hatten die Verschwörer verschiedene Armeeführer in ihrem Sinne zu beeinflussen gesucht. Als General Mori Takeshi, Kommandeur der Kaiserlichen Gardetruppe, die Aufforderung zur Beteiligung an dem geplanten Putsch ablehnte, wurde er kurzerhand erschossen. Mit diesem Mord aber verspielten die Verschwörer viel Sympathie in der Armee und verloren an Anhang. Es gelang ihnen zwar, den gesamten Palastbezirk zu besetzen, doch waren der Tennō in Sicherheit gebracht und die Schallplatte versteckt worden. In den frühen Morgenstunden des 15. August war der Putsch daher als gescheitert anzusehen. Zwei der Anführer nahmen sich das Leben. Auch Heeresminister Anami beging rituellen Selbstmord, den man als Protest in japanischer Tradition gegen den ihm aufgezwungenen Beschluss ansehen dürfte.

### **Die Abwicklung der Kapitulation**

Die Entscheidung über Kapitulation oder Fortsetzung des Krieges hatte auf Messers Schneide gestanden, war aber nun endgültig geregelt. Die Ansprache des Kaisers an die Nation erfolgte pünktlich um 12 Uhr und teilte dem erschütterten Volk in schamhafter Umschreibung die Niederlage mit. Das Kabinett Suzuki trat nun zurück, um wie üblich die Verantwortung für eine gescheiterte Politik zu übernehmen. Der Tenno wurde für die Idee gewonnen, ein „Kaiserliches Kabinett“ unter einem älteren Verwandten, General Prinz Higashikuni, bilden zu lassen, um die Kapitulation ohne Aufruhr abwickeln und die Lage stabilisieren zu lassen. Zum ersten Mal in der japanischen Geschichte bildete damit ein Verwandter des Tennō ein Kabinett und übernahm außerdem noch vorübergehend das Heeresministerium.

Noch aber war nicht sicher, ob alle Streitkräfte, insbesondere die japanischen Feldarmeen, dem Kapitulationsbefehl folgen würden. Kaiser Hirohitos Bruder Kapitän zur See Takamatsu besänftigte aufgebrachte junge Marineoffiziere im Mutterland. Außerdem entsandte die Tokyoter Regierung hochkarätig besetzte Militärgesandtschaften, die ebenfalls von Kaiserlichen Prinzen mit hohem Offiziersrang angeführt wurden – Asaka, Takeda und Kanin –, an die Fronten in China, Singapur und Indochina, um das Niederlegen der Waffen entsprechend den Kapitulationsbedingungen durchzusetzen. Versprengte Soldaten erfuhren mitunter davon nichts oder verspätet oder zogen sich der Aufforderung entsprechend dem einst gegebenen Eid durch Rückzug in den Dschungel. Auf den Philippinen, Guam und in Indonesien legten die letzten japanischen Soldaten erst in den 1970er Jahren ihre Waffen nieder.

Am 2. September 1945 wurde auf dem amerikanischen Schlachtschiff Missouri im Hafen von Yokohama die japanische Kapitulation unterzeichnet, für die Regierung von Außenminister Shigemitsu Mamoru und für das Oberkommando von Generalstabs-

chef Umezu Yoshijirō. Die Ansprache des amerikanischen Oberkommandierenden Douglas MacArthur war zur Verblüffung der Japaner ganz auf Reform und Versöhnung ausgerichtet.

### **Die Diskussion um die Atombomben**

Sowohl in der amerikanischen als auch der japanischen Öffentlichkeit, Geschichtsschreibung und Publizistik ist der Einsatz der Atomwaffen bis heute heftig umstritten, insbesondere die voreilige Bombardierung von Nagasaki, die dem schwerfälligen Entscheidungsprozess in Tokyo keine Zeit zur Reaktion gelassen habe. Die Bomben, besonders die zweite, werden oftmals eher als Drohgebärde gegen die UdSSR in dem bereits aufkeimenden „Kalten Krieg“ gesehen. Dabei ist aber zu bedenken, dass die USA gar nicht mit einer japanischen Kapitulation binnen weniger Tage gerechnet hatten, und in der Tat plädierten ja auch noch nach Nagasaki drei der vier höchsten Militärs für eine Fortsetzung der Kriege. Nur der Kaiser und Außenminister Tōgō sahen in der neuen Waffe einen Grund zur Kapitulation, halbherzig unterstützt von Marineminister Yonai. Ansonsten war eher der sowjetische Kriegseintritt das Motiv. Es waren eben zwei weitere verwüstete Städte, und die Opferzahlen unterschieden sich kaum von denen, die Tokyo im März 1945 an einem einzigen Tag bei herkömmlichen Luftangriffen zu beklagen hatte. Die Amerikaner hielten zur Zeit des atomaren Einsatzes immer noch an ihren Invasionsplänen für die japanischen Hauptinseln fest, angefangen mit Kyūshū für November 1945, gefolgt von Honshū im März 1946, in beiden Fällen mit zu erwartenden höchsten Zahlen eigener Opfern, war doch die feindliche Armee des Mutterlandes im Gegensatz zur Marine noch voll intakt. Außerdem verfügte der Feind noch über 10.000 einsatzfähige Kampfflugzeuge und Hunderte von Mini-U-Booten, die für Kamikaze-Angriffe unter Wasser präpariert waren. Auch fürchteten die USA durchaus den militärischen Ehrenkodex der Japaner, lieber in aussichtsloser Lage bis zum letzten Atemzug kämpfend das eigene Leben zu opfern und dem Gegner dabei noch größtmöglichen Schaden zuzufügen als sich zu ergeben. In Untersuchungen war das amerikanische Militär im September 1944 zu dem Schluss gekommen, das Kaiserreich könnte und würde noch mindestens eineinhalb bis zwei Jahre nach der deutschen Kapitulation weiterkämpfen. Was von dem propagierten Aufbau einer Art von Volkssturm zu halten war, durch den 100 Millionen Japaner einschließlich der Frauen im Gebrauch von Bambusspeeren gegen die potentiellen Invasoren trainiert wurden und wie ein Mann kämpfend notfalls in den kollektiven Untergang gehen sollten, wussten die Amerikaner allerdings nicht recht einzuschätzen. Ein Horror waren jedenfalls die Bilder aus Saipan von 1944, wo sich Zivilisten in Massen von den Klippen in den Tod stürzten, statt sich den US-Truppen zu ergeben.

Die schnelle Kapitulation des Kaiserreiches kam daher für Washington völlig überraschend. Im Gegensatz zu der in der Nachkriegszeit herrschenden Auffassung war die Atombombe aus der amerikanischen Perspektive des Sommers 1945 gar nicht die al-

les entscheidende Waffe zur Herbeiführung der japanischen Aufgabe, sondern nur ein Kampfmittel, wenn auch ein besonders wirksames. Um den Gegner zum Niederlegen der Waffen zu zwingen, schienen weitere Strategien erforderlich, so der von Truman mit Nachdruck geforderte sowjetische Vormarsch, die geplante Invasion auf den Hauptinseln, herkömmliche Luftbombardements und eventuell weitere Kernwaffen, von denen die nächste wohl im November 1945 bereit gestanden hätte. Diese Maßnahmen hätten nach amerikanischer Einschätzung bestenfalls bis Ende 1945 zum Ziel führen können und hätten im schlimmsten Fall gar noch ein Jahr länger gebraucht. Wäre eine japanische Kapitulation als Ergebnis der Atombombenabwürfe mit Sicherheit erwartet worden, hätte Truman wohl kaum die Sowjetunion zum Kriegseintritt gedrängt, verschaffte er doch damit der UdSSR erheblichen Einfluss in Asien, den wieder einzudämmen die USA sich später gezwungen sahen. Gerade deshalb hatte der amerikanische Botschafter in Moskau, W. Averell Harriman, vor diesem für einen sowjetischen Kriegseintritt zu zahlenden Preis schon im Frühjahr 1945 gewarnt, und zwar im Einklang mit Joseph Grew, der in der Sowjetunion für die Zukunft eine größere Gefahr sah als einst in Hitlers Deutschland und dem militaristischen Japan. Schließlich hatte auch Außenminister Byrnes sein Interesse daran erklärt, der Krieg möge zu Ende gehen, bevor die Sowjetunion in ihn eintrete oder zumindest nicht zu weit vorstoße, damit deren Festsetzen in Ostasien verhindert würde. Für ihn aber genoß die Peitsche den Vorrang gegenüber dem Zuckerbrot des Kreises um Grew, um eine schnelle Kapitulation zu erreichen. Es gibt auch Anzeichen, dass Byrnes, der in der Atombombe ein Instrument zur amerikanischen Vorherrschaft in der Nachkriegswelt sah, deren Einsatz gegen Japan auch als Auftrumpfen und Warnung gegenüber der Sowjetunion verstanden wissen wollte. Die USA aber wurden die Geister, die sie riefen, nicht wieder los. Stalin erklärte Japan sogar eine Woche früher als einst den Alliierten versprochen den Krieg, da er fürchtete, nach Hiroshima zum Einfahren der erhofften Beute zu spät zu kommen, und stoppte seine Offensive auch nicht mit der japanischen Kapitulation, sondern führte sie bis Ende August fort, als die Mandschurei, die Kurilen und die Insel Sachalin völlig in seiner Hand waren. Ca. 600.000 Japaner gingen in sowjetische Kriegsgefangenschaft und wurden im Widerspruch zur Potsdamer Erklärung, der zufolge sie nach der Entwaffnung in die Heimat hätten entlassen werden müssen, für viele Jahre in sibirische Lager verbracht; die letzten von ihnen sollten erst 1956 entlassen werden.

### **Von der Besatzungszeit zum Friedensvertrag**

Im Gegensatz zu Deutschland durfte Japan seine eigene Regierung behalten, büßte allerdings seine Souveränität für eine Reihe von Jahren ein und musste sich in allen politischen und rechtlichen Fragen dem Willen der Besatzungsmacht beugen. Zum „Oberkommandierenden der Alliierten Mächte“ wurde General Douglas MacArthur bestimmt, der dem Eindruck nach mit nahezu monarchischen Vollmachten bestimmen konnte, in Wirklichkeit aber seine Direktiven aus Washington erhielt. Die USA dominierten die Besatzungspolitik, so dass die Einwirkungsmöglichkeiten der anderen Sie-

germächte minimal blieben. In der Anfangsphase machten sich Einflüsse aus Roosevelts Ära des New Deal mit sozialistischen Anklängen bemerkbar. Die Auflösung der großen Industriekonzerne wurde in Angriff genommen, eine demokratische Verfassung erlassen, Frauen das Wahlrecht gewährt, Parteigründungen gefördert, das Militär abgeschafft, das Erziehungswesen reformiert und den Gewerkschaften große Wirkungsmöglichkeiten verschafft. Kriegsverbrecher wurden von einem Internationalen Militärgerichtshof angeklagt und abgeurteilt. Belastete Personen wurden von Tätigkeiten in Politik, Verwaltung, Erziehungswesen, Kulturleben und Wirtschaft ausgeschlossen. Der Kaiser widerrief seinen „göttlichen“ Status und wurde konstitutionell zum „Symbol der Nation“.

Mit dem sich verschärfenden Kalten Krieg aber, als in Ostasien die Sowjetunion und die chinesischen Kommunisten offensichtlich ihre Macht ausdehnten, erfuhr die amerikanische Politik Änderungen, die sich ab 1948 auch auf die Besatzungspolitik auswirkten. Das geschah gegen den hinhaltenden Widerstand MacArthurs, der sich in seine Reformen regelrecht verliebt hatte. Die Bewegungsfreiheit der sich radikalisierenden Gewerkschaften wurde eingeschränkt und mitunter sogar Streikverbote verhängt. Die Entflechtung der Konzerne wurde eingeschränkt und konservative Personen, die als belastet gegolten hatten, wieder Zugang zu Ämtern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens erlaubt. Dafür fand nun eine „Reinigung von den Roten“ (red purge) statt, durch die des Kommunismus' verdächtige Elemente ausgeschaltet wurden. Als 1949 die Kommunisten in China den Bürgerkrieg gewannen und die Macht übernahmen und dann auch noch 1950 der Korea-Krieg ausbrach, suchten die USA in geradezu panikartiger Reaktion konservative bis reaktionäre Verbündete in Japan – der Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland drängt sich auf –, schlossen im Jahre 1951 den Friedensvertrag von San Francisco unter milden Bedingungen, allerdings ohne die Beteiligung der UdSSR und der Volksrepublik China, und gewährten Tokyo im folgenden Jahr die Souveränität.

Unter den Architekten der japanischen Nachkriegszeit dominierten die Diplomaten, die über jahrzehntelange Erfahrungen mit den Westmächten verfügten. Fast zehn Jahre lang wurden die Kabinette mit einer Ausnahme – der Regierung unter dem Sozialisten Katayama Tetsu 1947/48 – von ehemaligen Beamten des Außenministeriums geführt, am längsten von Yoshida Shigeru. Diese Spitzendiplomaten avancierten nun auch zu Parteiführern, und damit ging die Bürokratie, die bis 1945 von der Mitgliedschaft in politischen Parteien ausgeschlossen war, aber häufig mit parlamentarischen Kräften zusammengearbeitet hatte, eine Symbiose mit den Abgeordneten ein, wie sie für das Nachkriegsjapan typisch werden sollte und – ergänzt durch eine enge Verflechtung mit der Wirtschaft – einem amerikafreundlichen Kurs ausgesprochen förderlich war. Langfristig erfüllte sich damit auch das Konzept von Joseph Grew, dessen Einfluss sich bei der politischen Wende von 1948 durchsetzte, und seinen Gesinnungsgenossen in Tokyo, wo sein persönlicher alter Freund Yoshida Shigeru lange Jahre als „japanischer

Adenauer“ den Ton angab. Gefördert wurde diese auch im Sinne Washingtons liegende Situation dadurch, dass der von der Besatzungsmacht geschonte Kaiser erfolgreich für die Stabilisierung der am Boden liegenden Nation eingesetzt werden konnte.

### **Die Entwicklung im übrigen Asien**

Mit der japanischen Kapitulation kehrte der Frieden in Asien mitnichten ein. Die alten Kolonialmächte kehrten nach Südostasien zurück und gedachten zur Tagesordnung der Vorkriegszeit zurückzukehren. Niederländer und Franzosen hatten angesichts der unerwartet plötzlichen Kapitulation Japans vorerst gar keine Truppen in dem Raum parat, sodass ihre früheren Besitzungen vorläufig von Briten und Chinesen den Japanern aus den Händen genommen und besetzt wurden. Die ehemaligen Kolonialvölker aber, froh der jahrelangen und oft von Greueln geprägten japanischen Okkupation entgangen zu sein, dachten nicht daran, ihren Traum von der Unabhängigkeit aufzugeben, sondern gingen in vielen Regionen zum bewaffneten Widerstand über, der erst nach oft blutigen jahrelangen Kriegen zum Ziel führte. Burma erhielt seine Unabhängigkeit 1948, Indonesien 1949 und Malaya 1957 – durch Gebiete auf Nord-Borneo 1963 zu Malaysia erweitert, zeitweise unter Einschluss Singapurs. In Indochina dauerten die Kriege, da die Kolonialmacht Frankreich durch das amerikanische Eingreifen abgelöst wurde, bis in die 1970er Jahre an. In China flammte der Bürgerkrieg wieder auf und mündete 1949 in die siegreiche Revolution der Kommunisten und den Rückzug der Nationalisten auf das von Japan notgedrungen aufgegebene Taiwan. Die Einteilung von Japans ehemaliger Kolonie Korea in eine sowjetische und eine amerikanische Einflussphäre führte 1950 zu einem jahrelangen blutigen Krieg und einer noch heute anhaltenden Spaltung und explosiven Situation.

*\*1943 in Warschau, studierte Germanistik,  
Geschichte und Japanisch in Hamburg, Freiburg/Br., Bonn und Tokyo.  
Promotion in Geschichte, Habilitation in Japanologie.  
Lehrtätigkeit an Universitäten in Tokyo, Freiburg/Br., Trier, Berlin.  
Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an Instituten in Tokyo und Potsdam.*

**Weiterführende Literatur:**

Alperowitz, Gar:

*Hiroshima. Die Entscheidung für den Abwurf der Bombe.*  
Hamburg, Hamburger Edition 1995.

Cohen, Theodore:

*Remaking Japan: The American Occupation as New Deal.*  
New York, Free Press 1987.

Janssens, Rudolf V. A.:

„*What Future for Japan?*“ *U.S. Wartime Planning for the Postwar Era, 1942-1945.* Amsterdam, Rodopi 1995.

Kase Toshikazu:

*Journey to the Missouri.* New Haven 1952.

Krebs, Gerhard:

*Japan im Pazifischen Krieg. Herrschaftssystem, politische Willensbildung und Friedenssuche.* München, iudicium verlag 2010 .

Pacific War Research Society:

*Japan's Longest Day.* Tokyo, Kodansha International 1984.

Takemae Eiji:

*Inside GHQ: The Allied Occupation of Japan and Its Legacy.*  
London, Continuum 2002.

Togo Shigenori:

*Japan im Zweiten Weltkrieg. Erinnerungen des japanischen Außenministers 1941-42 und 1945.* Bonn, Athenäum-Verlag 1958.